

Beschluss Vom Notbetrieb zum Schutzraum: Wir fordern eine Reform des Winternotprogramms und flächendeckende Umsetzung von Housing First!

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.02.2026
Tagesordnungspunkt: TOP 7 Inhaltliche Anträge

Antragstext

- 1 Obdachlosigkeit in Hamburg ist längst kein Randthema mehr, sondern ein
- 2 sichtbares Versagen sozialer Politik. Täglich begegnen uns Menschen, die keinen
- 3 sicheren Schlafplatz haben, gesundheitlich gefährdet sind und Gewalt erleben.
- 4 Trotz jahrelanger Diskussionen und Versprechen bleibt die Realität für viele
- 5 Obdachlose härter, als sie in einer reichen Stadt wie Hamburg jemals sein
- 6 dürfte. Und obwohl die Regierungsparteien ihre Pläne dafür schon vor langer Zeit
- 7 festgeschrieben haben, hat sich im Alltag vieler Betroffener kaum etwas
- 8 verbessert.
- 9 Hamburg hat die Ressourcen, die Expertise und die Strukturen, um Obdachlosigkeit
- 10 deutlich zu reduzieren. Was fehlt, ist der konsequente Wille zur Umsetzung.
- 11 Das Winternotprogramm: notwendig, aber weit hinter dem Bedarf zurück
- 12 Jeden Winter wiederholt sich dieselbe Problematik: Das Winternotprogramm bietet
- 13 zwar Schutz vor der Kälte, doch für viele Menschen ist es keine echte
- 14 Alternative zum Leben auf der Straße. Die Gründe sind bekannt und seit Jahren
- 15 unverändert. Überfüllte Hallen, fehlende Privatsphäre, teils aggressive
- 16 Atmosphäre, strikte Regeln und unzureichende Betreuung führen dazu, dass viele
- 17 Betroffene das Angebot meiden – trotz lebensbedrohlicher Temperaturen.
- 18 Hamburg muss das Winternotprogramm vom Notbetrieb zum Schutzraum
- 19 weiterentwickeln. Notunterkünfte sollen rund um die Uhr geöffnet sein, nicht nur
- 20 nachts. Kleine Unterbringungseinheiten statt Massenhallen müssen der Standard
- 21 werden, und es braucht ausreichend geschultes Personal, das Konflikte verhindern
- 22 kann. Wenn Menschen lieber bei Minusgraden draußen schlafen, ist das kein
- 23 persönliches Versagen – es zeigt, dass das System nicht funktioniert.
- 24 FLINTA*-Personen: unsichtbar gemacht und unzureichend geschützt
- 25 Besonders prekär ist die Situation obdachloser FLINTA*-Personen. Viele meiden
- 26 Notunterkünfte komplett, weil sie dort noch gefährdeter sind als auf der Straße.
- 27 Die Risiken für sexualisierte Gewalt, Übergriffe oder Stalking sind extrem hoch.
- 28 Gleichzeitig sind FLINTA*-Obdachlose oft weniger sichtbar, weil sie versuchen,
- 29 sich zu verstecken oder in vermeintlich sicheren Ecken zu schlafen.
- 30 Hamburg braucht dringend Schutzräume, die diesem Bedarf gerecht werden: rund um
- 31 die Uhr geöffnete Unterkünfte speziell für FLINTA*-Personen, betreut von
- 32 geschulten Teams, mit strikten Sicherheitsstandards und Zugang zu psychosozialer
- 33 Unterstützung. Dass es solche Räume bisher kaum gibt, ist Ausdruck einer
- 34 strukturellen Blindheit, die sich die Stadt nicht länger leisten darf.
- 35 Lösungen statt Symbolpolitik
- 36 Es bringt wenig, jeden Winter hektisch Betten nachzulegen und im Sommer wieder
- 37 zur Tagesordnung überzugehen. Obdachlosigkeit ist kein Wetterproblem, sondern

38 ein strukturelles. Und Hamburg reagiert darauf bislang eher kurzfristig als
39 strategisch.

40 Viel wirksamer wäre es, konsequent auf dauerhafte Wohn- und Betreuungsangebote
41 zu setzen. Housing First ist dafür ein erprobtes Modell: stabile Wohnungen ohne
42 Bedingungen, begleitet durch Sozialarbeit. Dass Hamburg dieses Prinzip bisher
43 nur in kleinen Projekten umsetzt, obwohl es europaweit Erfolge zeigt, ist
44 unverständlich. Es braucht einen massiven Ausbau, nicht in Pilotprojekten,
45 sondern als reguläres Instrument städtischer Sozialpolitik.

46 Hierfür waren wir bisher mit der Initiative 9qm im Austausch. Wir schließen uns
47 den Forderungen der Initiative an die unter anderem folgende Punkte beinhalten:

- 48 • Mindestens 9qm pro Person über sechs Jahren und 6qm für jedes Kind bis zu
49 sechs Jahren
- 50 • Einzelzimmer für Personen mit medizinischer Notwendigkeit
- 51 • Pro Zimmer nicht mehr als zwei Personen
- 52 • Allgemeine Aufenthaltsräume für Bewohner*innen, die jederzeit zugänglich
53 sind
- 54 • Kostenfreies WLAN in der gesamten Unterkunft
- 55 • Sozialpädagogische Einzelfallhilfe unabhängig vom Aufenthaltsstatus

56 Gleichzeitig muss Prävention stärker in den Fokus rücken: Beratungsstellen, die
57 nicht erst handeln, wenn Menschen kurz vor dem Rauswurf stehen. Eine
58 Mietpolitik, die Verdrängung verhindert. Behörden, die schneller unterstützen,
59 statt abzuschrecken. Es gibt unzählige Situationen, in denen Menschen in Hamburg
60 unnötig in die Obdachlosigkeit rutschen, weil sie durch das soziale Netz fallen.

61 Was Hamburg jetzt tun muss

62 Hamburg kann Obdachlosigkeit beenden, wenn es mutig handelt und nicht nur
63 verwaltet. Konkret bedeutet das:

- 64 • ein ganzjährig stärker ausgebautes, menschenwürdiges Unterbringungssystem
- 65 • mehr kleine, sichere Unterkünfte statt großer Sammelplätze
- 66 • ein voll reformiertes, 24/7 geöffnetes Winternotprogramm
- 67 • spezialisierte Schutzräume für FLINTA*-Personen
- 68 • deutliche Ausweitung langfristiger Wohnangebote wie Housing First
- 69 • echte Prävention, damit Menschen gar nicht erst die Wohnung verlieren
- 70 • mehr Straßensozialarbeit, mobile medizinische Teams und niedrigschwellige
71 Hilfen

72 Hamburg ist eine Stadt, die sich gerne als sozial, gerecht und fortschrittlich
73 beschreibt. Damit dieser Anspruch nicht hohl bleibt, braucht es eine Politik,
74 die niemanden zurücklässt – auch nicht die Menschen, die im Stadtbild am
75 wenigsten Lobby haben. Obdachlosigkeit ist kein Naturphänomen. Es ist eine

- 76 politische Entscheidung, wie viele Menschen in ihr leben müssen. Und genau
77 deshalb müssen wir jetzt handeln.

Begründung

erfolgt mündlich